

Indien

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
1.214,5 Millionen	Hindus	73,1%	sonstige	4,4%
	Muslime	13,7%		
	Christen	4,7%		
	Animisten	4,1%		



Das Jahr 2009 brachte noch mehr Beweise für die starke, anhaltende Zunahme religiös motivierter Gewalt in Indien. Nach dem Bericht, den der Minister für Innere Angelegenheiten, Ajay Maken, dem Rajya Sabha (dem Oberhaus des indischen Parlaments) vorlegte, gab es in den vergangenen fünf Jahren mehr als 3.800 Anschläge von Extremisten. Dieser Bericht erwähnt nur die von den Behörden erfassten Anschläge, die wirkliche Ziffer könnte jedoch wesentlich höher liegen. Diese Zahl hat laufend zugenommen und ist von 677 gemeldeten Anschlägen im Jahr 2004 auf 943 im Jahr 2008 gestiegen.

Einerseits bemüht sich die Regierung in Neu-Delhi um neue Instrumente für die Justiz und Polizei, um dieses Phänomen einzudämmen, und zeigt in diesem Bemühen, ebenso wie das US-Außenministerium, ein bemerkenswertes Engagement. Andererseits beklagen sich die Opfer der Gewaltakte, vor allem auf lokaler Ebene, über die massive Zurückhaltung der Behörden und die anhaltende Unsicherheit. Am eklatantesten zeigt sich dies in Orissa. Auf einer Zusammenkunft am 7. Dezember 2009 in Berhampur schilderten christliche Führer, Menschenrechtsaktivisten und die Einwohner des Distrikts Kandhamal die Situation nach den Pogromen, die im Sommer 2008 von radikalen Hindu-Gruppen gegen Christen verübt worden waren: Ungefähr fünftausend Häuser waren niedergebrannt oder geplündert, beinahe 300 Kirchen zerstört, über fünfzigtausend Menschen vertrieben worden und fast 2.500 Personen hatten Anzeige erstattet, aber nur 823 Anzeigen waren von den Polizeibehörden aufgenommen worden.

Die Opfer dieser Pogrome haben wenig Vertrauen in den Ausgang der Gerichtsprozesse und glauben nicht, dass die Behörden die versprochenen Entschädigungen in voller Höhe zahlen werden (bis heute ist der Schadensersatz für die gewalttätigen Übergriffe im Jahr 2007 nicht vollständig ausgezahlt worden). Daher gründeten sie die Sampradayik Hinsa Prapidita Sangathana, die Vereinigung der Opfer extremistischer Gewalt, die unterstützt wird von den katholischen Bischöfen von Bhubaneswar und Berhampur und vom evan-

gelischen Bischof von Bardhan sowie Organisationen wie dem All India Christian Council und dem Human Rights Law Network. Es gibt unzählige ungelöste Probleme: Sie reichen vom allzu langsamen Wiederaufbau von Häusern und Kirchen bis hin zu der Unsicherheit, in der die Christen in der Region immer noch leben müssen.

Unter einem allgemeinen Klima der Unsicherheit und der Straffreiheit leiden auch die muslimische Gemeinschaft, eine der größten in der Welt, und die der Sikhs, die 1984 Opfer einer Kampagne grausamer Gewalt wurden, für die die wahren Schuldigen bisher nicht verurteilt worden sind.

Die US-Kommission zur Internationalen Religionsfreiheit (USCIRF) hat Indien auf ihre sogenannte Watch list (Beobachtungsliste) gesetzt, eine Liste jener Länder, in denen religiöse und ethnische Minderheiten unter schwerer Diskriminierung leiden.

Die politische Situation

„Ich bin stolz auf mein Land; die Menschen haben den Politikern einen klaren Auftrag zugunsten der Religionsfreiheit gegeben“. So kommentierte Kardinal Oswald Gracias, Erzbischof von Mumbai und Vorsitzender der Indischen Bischofskonferenz (CCBI), den Ausgang der Parlamentswahlen im Frühjahr 2009. Diese hatten im Mai zu einem Sieg der United Progressive Alliance (UPA) – der Parteienkoalition unter der Führung der Kongresspartei von Sonia Gandhi und Manmohan Singh – geführt und zu einem starken Einbruch bei der nationalistischen Hindupartei, der Bharatiya Janata Party (BJP), und beim linken Parteienbündnis Third Front. Im Jahr 2009 wurde mit der 64-jährigen Dalit Meira Kumar zum ersten Mal in der Geschichte Indiens eine Frau zur Präsidentin des Unterhauses (Lok Sabha) gewählt.

Die Wahlen verliefen allerdings nicht überall friedlich und fair. Im Bundesstaat Orissa beispielsweise, in den Dörfern im Bezirk Kandhamal, in denen es 2008 zu den gewaltsamen Übergriffen durch Hindu-Extremisten gekommen war, stellten sich die Anhänger der BJP vor den Wahllokalen auf und bedrohten die Christen, falls sie nicht die nationalistischen Parteien wählten. Sajan George, Präsident des Globalen Rates indischer Christen (GCIC), berichtete: „Vor den Wahllokalen forderten die Extremisten die Christen auf,

den ‚Lotus‘ (das Symbol der BJP, Anm. d. Red.) zu wählen, wenn sie ihr Leben nicht ernsthaft in Gefahr bringen wollten“. Und obwohl es keine gewaltsamen Zwischenfälle gab, „kann man gewiss nicht von friedlichen und ruhigen Wahlen sprechen“.

Die Wahlen führten auch zum Niedergang der kommunistischen Bastionen Kerala und Westbengalen. In den beiden Staaten mit einer linksgerichteten Regierung verzeichnete die Kongresspartei einen überwältigenden Erfolg. In Kerala erlebte die Communist Marxist Party (CMP) nach ihrem Triumph vor fünf Jahren nun eine vernichtende Niederlage. Kerala ist ein Staat, wo die Christen zwar in der Minderheit sind, aber immerhin 20% der 31 Millionen Einwohner ausmachen.

Schon seit einiger Zeit steht die Führung der kommunistischen Partei in Kerala mit der katholischen Hierarchie auf Kriegsfuß. Die marxistischen Politiker haben vor allem etwas gegen die soziale Arbeit und die Bildungsarbeit der Kirche. Die Bischöfe und die Gläubigen machen dagegen für sich das Recht geltend, ungehindert im Rahmen des bürgerlichen Lebens des Landes zu wirken und soziale Aktivitäten auf allen Ebenen zu fördern. Die Auseinandersetzung zwischen der Kirche und den militanten Kommunisten hat seine Wurzeln in der Geschichte Keralas. Im Jahr 2009 feierte man den 50. Jahrestag des Vimochana Samaram, des Befreiungskampfes, den die katholische Kirche 1958 zusammen mit der Hindu-Gruppe der Nair gegen die marxistisch-kommunistische Regierung des Staates geführt hatte.

Antikonversionsgesetze

Obwohl die indische Verfassung Religionsfreiheit garantiert, die auch das Recht zum Religionswechsel und zur Missionierung einschließt, gelten in einigen Regionen auf lokaler Ebene immer noch sogenannte „Antikonversionsgesetze“, die ein Ergebnis der ultranationalistischen Politik der Hindus sind. Die traditionell säkulare Zentralregierung lehnt die sogenannte „Hindutva“-Ideologie ab, nach der der Hinduismus und seine kulturellen und religiösen Vorschriften Vorrang vor allen anderen Religionen im Land haben. Dennoch beeinflussen die Hindutva-Prinzipien nach wie vor die politische Agenda einiger Staaten und Lokalverwaltungen. Nach offizieller Lesart wurden die Antikonversionsgesetze geschaffen, um die Freiheit des Gewissens

zu schützen. Tatsächlich aber führen sie zu einer echten Diskriminierung von Christen und Personen anderen Glaubens und verschaffen dem Hinduismus einen Vorteil. Sie verbieten und bestrafen die Bekehrung vom Hinduismus zu einem anderen Glauben, nicht jedoch das Gegenteil, weil der Hinduismus als die „natürliche“ Religion des indischen Volkes gilt und Christen und Muslime daher in Wirklichkeit nicht „bekehrt“ werden, sondern sich lediglich wieder zur Religion ihrer Väter bekennen. Auf diese Weise dienen diese Gesetze als Vorwand für zuweilen gewaltsame Übergriffe bei Tauffeiern oder gegen jene, die der Proselytenmacherei beschuldigt werden, und als „Rechtfertigung“ dafür, dass die Polizei mit Verhaftungen und Anzeigen gegen Priester und Gläubige vorgeht.

Falls ein Hindu Christ werden möchte, muss er zuerst den Magistrat des Distrikts informieren und von ihm die Genehmigung einholen. Wenn er dies nicht tut, wird seine Konversion für ungültig erklärt. In sechs indischen Bundesstaaten ist ein Antikonversionsgesetz Teil des Strafgesetzbuches: in Arunachal Pradesh, Gujarat, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh und Rajasthan. Falls dies überhaupt notwendig ist, so lässt sich als zusätzlicher Beweis für die offensichtliche Diskriminierung dieser Gesetze die „Rückbekehrung“ von tausenden von Christen in prächtigen Zeremonien anführen, die breit angekündigt werden und über die häufig auch die lokalen Medien berichten.

Rechte der Dalits

Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit ist gesetzwidrig in Indien, aber nur auf dem Papier. In der Praxis erleben die niedrigsten Kasten, zu denen Muslime, Christen, Hindus, Buddhisten und Sikh gehören, insbesondere in ländlichen Regionen, dass ihr sozialer Aufstieg auf vielfältige Weise behindert wird.

Im Dezember 2009 brachte die nationale Kommission für religiöse und sprachliche Minderheiten (NCRLM) im Lok Sabha einen Vorschlag zur Änderung des Gesetzes ein, das seit 59 Jahren die Kastenlosen nach ihrer Religionszugehörigkeit unterscheidet. Dies war das erste Mal, dass das indische Parlament über die Forderung diskutierte, christlichen und muslimischen Dalits dieselben Rechte zu gewähren, die bisher nur hinduistischen und buddhis-

tischen Kastenlosen gewährt wurden.

Der NCRLM-Bericht hofft auf die Verabschiedung eines neuen Gesetzes, das für alle Kastenlosen garantierte Quoten im staatlichen Dienst und in der politischen Vertretung vorsieht. Die Stellung der kastenlosen Hindus, die zum Islam und zum Christentum konvertiert sind, wird immer noch diskutiert. Derzeit verlieren sie durch einen Religionswechsel alle Rechte, die sie vorher hatten.

Gewalt gegen Christen

Im Jahr 2009 nahm die Gewalt gegen Christen kein Ende. Die Staaten Karnataka, Orissa und Tamil Nadu sind weiterhin berüchtigt für Übergriffe auf Minderheitengruppen. Nach der von der Evangelical Fellowship of India zusammengestellten „Unvollständigen Liste der schwerwiegenderen Gewalttaten gegen Christen“ gab es durchschnittlich drei gewaltsame Übergriffe pro Woche und mindestens 152 im Laufe des Jahres. Die besonders häufigen Formen der Verfolgung reichen von persönlichen Drohungen bis zu Überfällen auf Kirchen, falschen Anschuldigungen der Zwangsbekehrungen, ja sogar bis zur Ermordung von Priestern.

Rückbekehrungen

Häufig sind die Angriffe auf Kirchen eine Vergeltung für angebliche „Zwangsbekehrungen“. Das Thema Zwangsbekehrungen taucht regelmäßig in der lokalen und nationalen politischen Diskussion auf. Oft machen sich die radikaleren Politiker und die Swamis, die religiösen Führer der Hindus, die Angst vor einer Verstümmelung der indischen Kultur und vor einem Verrat an den Hindu-Traditionen zunutze. Es kommt häufig vor, dass die extremeren Flügel nationalistischer Bewegung hauptsächlich Christen, aber auch Muslime beschuldigen, Zwangsbekehrungen durchzuführen, besonders unter Stammesangehörigen und den ärmeren Bevölkerungsschichten. Die „Schuld“ der Christen, und insbesondere der katholischen Kirche, besteht darin, dass sie die soziale Gleichheit fördern, was dem tausendjährigen Kastensystem widerspricht.

Ebenso häufig sind öffentliche Veranstaltungen, auf denen die radikaleren

swamis (die geistlichen Führer der Hindus) für erzwungene „Rückbekehrungen“ zum Hinduismus eintreten, als Propaganda gegen eine angebliche Invasion fremder Kulturen in Indien. Laut Rajnath Singh, dem Präsidenten der BJP, „ist es notwendig, dem verbreiteten Phänomen der Bekehrungen Einhalt zu gebieten, die angeblich von fremden Mächten finanziert werden“. Der Führer der Hindu-Partei warf am 31. Oktober 2009 in einer Rede in Bhopal ausländischen Missionaren vor, „dass sie die Religion benutzen, um Indien zu unterwandern und die indische Kultur zu zerstören“. Singh nannte „illegale Massenbekehrungen“ eine „Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes“ und führte Zahlen an, nach denen „30% der Stammesbevölkerung in Chhatisgarh und Jharkhand die Religion gewechselt hatten“.

Was jedoch tatsächlich stattfindet, sind „erzwungene Rückbekehrungen“ zum Hinduismus im großen Stil, wie am 26. Oktober 2009 in Thane, ungefähr fünfzig Kilometer von Mumbai (Maharashtra). Mindestens sechstausend Christen wurden durch Swami Narendra Maharaj zum Hinduismus rückbekehrt. Die Rückbekehrung zum Hinduismus ist die besondere Mission der Gruppe unter der Führung des Guru Narendra Maharaj. Zweimal jährlich werden aufwändige Zeremonien für die Rückkehr zu Indiens traditioneller Religion veranstaltet. Der Sprecher der Gruppe sagte, dass mit den letzten sechstausend die Gesamtzahl der Rückbekehrten auf 94.000 gestiegen sei, und er kündigte an, dass es „innerhalb der nächsten zwei Jahre 100.000 werden“. Das Phänomen ist in den Vorstadtgebieten von Mumbai sehr verbreitet und Narendra Maharajs Anhänger werden durch verschiedene Organisationen bei der Suche nach denjenigen unterstützt, die rückbekehrt werden sollen. Der Sprecher sagte auch, dass es sich um „unglückliche, gewaltsam zum Christentum bekehrte Menschen“ handle, die „ohne jeden Zwang und ohne Versprechungen“ zum Hinduismus zurückkehren würden.

Sajan George, Präsident des Globalen Rates indischer Christen, sagte, dass „Christen auch verhaftet werden, wenn sie sich privat in ihren eigenen Häusern zum Gebet versammeln oder auch nur Literatur mit religiösem Inhalt verteilen, obwohl die Verfassung das Recht dazu garantiert“. Die Polizei handelt auf der Grundlage der Paragraphen 153A und 295A des indischen Strafgesetzbuches. Der erste sieht Strafen für diejenigen vor, „die Hass oder Feindseligkeit zwischen Gruppen oder Kasten oder Gemeinschaften unterschiedlicher Religionen, Rassen, Sprachen oder Regionen schüren oder

zu schüren versuchen“, und für „jede Handlung, die der Aufrechterhaltung der Harmonie schadet“. Der zweite Paragraph betrifft dagegen „vorsätzliche und böswillige Handlungen, die religiöse Gefühle verletzen sollen“. Sajan George zufolge ist die Absicht der Diskriminierung die einzige Erklärung für das Verhalten der staatlichen Behörden, die diese Gesetze übermäßig streng gegen Christen anwenden und „schweigend zusehen, wenn die Rückbekehrung von sechstausend Personen zum Hinduismus demonstrativ vollzogen wird“.

Im November 2009 berichtete H. T. Sangliana, ehemaliges Mitglied des Lok Sabha und Förderer des Karnataka Missions Network, dass Hindu-Extremisten ihre Mitglieder in christliche Gemeinden einschleusen, um dann falsche Anschuldigungen wegen Zwangsbekehrungen vorzubringen. Der christliche Politiker, der 2004 für die Bharatiya Janata Party gewählt wurde und heute Mitglied der Indian National Congress Party ist, erklärte, dass dieser Trick inzwischen weit verbreitet sei und von den radikaleren Hindu-Gruppen angewendet werde, um eine „Psychose“ unter den Christen zu bewirken und die öffentliche Meinung zu „vergiften“.

Tätliche Angriffe und Ermordungen von Priestern und Pastoren

Die gewaltsamen Übergriffe beschränken sich jedoch nicht auf Gotteshäuser, sondern betreffen auch Personen und reichen von tätlichen Angriffen bis hin zu Mord. Am 11. März 2009 attackierte eine Gruppe von dreißig bis vierzig Personen den Pastor der Bethel Church, Erra Krupanamdham, der gerade vom Markt zurückkehrte. Bei diesem Überfall wurde seine Wirbelsäule dauerhaft geschädigt. Der Pastor erstattete Anzeige bei der Polizei und eine Person wurde verhaftet.

Am 16. Januar 2009 überfielen im Distrikt Karimnagar Hindu-Extremisten Pastor Yakobu. Sie drangen im Morgengrauen in sein Haus ein, fielen über ihn her und schrien: „Kein Pastor soll in diesem Dorf leben“.

Der Globale Rat indischer Christen (GCIC) meldete einen Fall, bei dem am 6. November 2009 im Distrikt Shimoga ein junger behinderter Christ überfallen worden war. Der GCIC berichtete auch darüber, dass Christen bei der Verteilung von Hilfsgütern an die Opfer der Flutkatastrophe in Karnataka be-

nachteiligt wurden. Sajan K. George, der Präsident des GCIC, sagte, dass Christen und Dalits in den Distrikten Raichur, Bellary, Bijapur and Gulbarga noch nicht einmal in die Verteilung der für „ihr Überleben notwendigen“ Lebensmittel einbezogen wurden.

Am 25. Oktober 2009 wurde im Bundesstaat Madhya Pradesh ein protestantischer Pastor unmittelbar nach dem Sonntagsgottesdienst von elf Extremisten überfallen und mit Hockeyschlägern verprügelt.

Im Juli 2009 wurde im Dorf Thottathady auf der Straße die nackte Leiche eines Priesters der Syro-Malabarischen Diözese Belthangady (Karnataka, Südindien) aufgefunden. Laut dem Kanzler der Diözese, Pater Tomy Mattom, handelte es sich um eine „gezielte Hinrichtung“. Eine erste Rekonstruktion der Ereignisse ergab, dass der 39-jährige Pater Joseph starb, als er nach einer Beerdigung im Dorf Thottathady in seine Gemeinde zurückkehren wollte. Pater Tomy berichtete, dass der Körper des Ermordeten keine Verletzungen aufwies, es aber Anzeichen dafür gab, dass der Priester erwürgt worden war. Monsignore Mukkuzhy sagte, dass eine Autopsie am Leichnam des Priesters vorgenommen worden sei. „Wir können nicht verstehen“, fügte er hinzu, „wer den Wunsch gehabt haben könnte, ihn zu töten. Eines ist sicher, das war kein Raubüberfall.“

Bundesstaat Orissa: Die Frustration und die Angst der Opfer

„Während 2007 und 2008 als die blutigsten Jahre für die moderne Christenheit in Indien in die Geschichte eingehen werden“, erklärt John Dayal, der für die Rechte der Christen eintritt und dem Rat für nationale Integration angehört, „ist 2009 sicherlich das Jahr der Frustration über den Mangel an Gerechtigkeit für die Opfer interreligiöser Gewalt.“ Trotz der Verhaftungen, die auf die anti-christlichen Pogrome von 2008 folgten, hat das Martyrium der Christen im Bundesstaat Orissa kein Ende. Die Opfer jener Gewaltakte erleben immer noch Schwierigkeiten, wenn sie Verbrechen melden, Aussagen machen oder Entschädigung erhalten wollen. Von den Menschen, die wegen der Ausschreitungen fliehen mussten, können viele noch nicht in ihre Häuser zurückkehren, während die Behörden aber die Schließung der Flüchtlingslager angeordnet haben.

In dem von Pogromen am stärksten betroffenen Gebiet, dem Distrikt Kandhamal, hatten radikale Hindus Menschen getötet, Kirchen und Häuser in Brand gesteckt und die Ernte vernichtet. Über die tatsächliche Zahl der Toten streiten sich die Regierung von Orissa und christliche Gruppen immer noch. Nach Angaben der Behörden wurden höchstens einige Dutzend Menschen getötet, aber ein Vertreter der lokalen kommunistisch-marxistisch-leninistischen Partei und Mitglied der Regierung dieses Bundesstaats, schätzt, dass 500 Personen starben; er selber habe die Einäscherung von mindestens 200 Toten genehmigt.

Von den mehr als 50.000, die vor dem Massaker flohen, fanden 20.000 Zuflucht in von der Regierung organisierten Lagern. Pater Nithiya, Generalsekretär der Kommission Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung, besuchte einige dieser Überlebenden in dem Dorf Gobalpur. „Die Flüchtlingslager der Regierung werden geschlossen“, sagte er dem Nachrichtendienst AsiaNews, „und die Menschen mit einer kleinen Entschädigung von 10.000 Rupien (ungefähr 153 Euro) weggeschickt. Die Leute haben Angst und versuchen, in andere Distrikte oder Bundesstaaten zu ziehen. In den Großstädten herrscht mehr Sicherheit, aber in den abgelegenen Dörfern gibt es für Christen keine Sicherheit.“

Die Opfer erhalten auch 50 Kilo Reis und eine Rolle Plastik für die Reparatur ihrer beschädigten Häuser. Viele von ihnen leben nach der Rückkehr in ihre Dörfer in den Trümmern. Plastikplanen dienen als Dächer und Holz oder Pflanzen als Wände. Es gibt jedoch keine Sicherheit. Anfang des Jahres 2009 spürten extremistische Hindu-Gruppen Christen auf, die aus den Flüchtlingslagern zurückgekehrt waren, weckten sie mitten in der Nacht auf und bedrohten sie. Angesichts solcher Vorfälle möchten die Zurückkehrenden nicht einmal ihre Häuser instandsetzen, da sie fürchten, dass radikale Hindus sie wieder zerstören. Man übt auch Druck auf sie aus, damit sie Anzeigen wegen von ihren Nachbarn begangenen Gewaltakten zurückziehen.

Ermittlungen und Verhaftungen

Im April 2009 setzte die indische Regierung zwei Schnellgerichte ein, die die Fälle der Opfer aus Kandhamal verhandeln sollen. Trotzdem sind die Verfahren langsam und viele Fälle werden „mangels Beweisen“ abgelehnt. Die Ef-

ektivität dieser Schnellgerichte wird dadurch eingeschränkt, dass die Staatsanwälte nicht die lokale Sprache, Oriya, sprechen, in der die Prozesse geführt werden. Häufig wurden auch Zeugen eingeschüchtert oder sie und ihre Familien diskriminiert.

Erst im November 2009 räumte die Regierung erstmals ein, dass Hindu-Bewegungen für die Pogrome im Sommer 2008 verantwortlich gewesen waren. Diese offiziellen Erklärungen stellen einen entscheidenden Schritt im Umgang mit den anti-christlichen Pogromen dar. Bis dahin war die Regierung von Orissa der Frage nach der Täterschaft der Hindus immer ausgewichen und hatte die Vorfälle in Kandhamal als ethnische Stammeskonflikte bezeichnet.

Der Erzbischof von Cuttack-Bhubaneswar, Raphael Cheenath, erklärte: „Jetzt, da die Regierung von Orissa zugegeben hat, dass radikale Hindu-Organisationen hinter den Massakern an unschuldigen Christen stecken, erwarten wir, dass sie sich vor Gericht verantworten müssen.“ Der Rechtsanwalt Dibakar Parichha, der die Opfer der Pogrome berät und vertritt, erinnert daran, dass „in 837 Fällen Anzeige erstattet wurde und Berichte über mehr als dreitausend Fälle in insgesamt 415 Dörfern der Polizei vorgelegt wurden. Trotzdem wurde nur gegen 27 Personen Anklage erhoben, während die anderen immer noch auf freiem Fuß sind. Wie kann man da von Frieden und Gerechtigkeit sprechen, wenn die Männer, die für die Brände, Entführungen und Morde verantwortlich sind, frei durch die Straßen gehen können?“

Der Rechtsanwalt Rasmi Ranjan Jena hat die Faktoren aufgelistet, die Gerechtigkeit in Kandhamal so schwer erreichbar machen: „Die Ermittlungsmethoden sind ungenügend und parteiisch; die Eintragungen in den Polizeiakten der Verhafteten und die Präsentation dieser Informationen vor Gericht sind so mangelhaft, dass sie der gerichtlichen Prüfung nicht standhalten; Opfer und Zeugen leiden darunter, dass sie sich sowohl sozial als auch physisch im Gericht und außerhalb nicht sicher fühlen können; Zeugen werden bedroht; dass es keine demokratischen oder rechtsgerichteten Parteien gibt, die ein Gegengewicht zur dominierenden BJP und RSS bilden können, hilft den Schuldigen und vergiftet die Atmosphäre in den Gerichten.“

Die christliche Bevölkerung von Orissa lebt immer mit dem Albtraum, ihre

Angreifer vom Sommer 2008 auf den Straßen der Dörfer zu treffen. Das Klima der Straffreiheit, die vor allem die bedeutenderen Figuren der Hindu-Bewegungen genießen, verstärkt die Sorge, dass es niemals Frieden und Gerechtigkeit geben könne.

Im Juli 2009, fast ein Jahr nach den gewaltsamen Ausschreitungen, beschlossen die indische Zentralregierung und die Regierung des Bundesstaates Orissa, Gelder für die Opfer und den Wiederaufbau der von Hindu-Extremisten zerstörten Kirchen bereitzustellen.

Das politische Motiv

Hinter der Gewalt gegen Christen in Orissa stehen auch weiterhin verborgene politische Motive. Vierzig Prozent der Bevölkerung in diesem Bundesstaat sind Stammesangehörige oder Dalits. Das führt dazu, dass Orissa einer der unterentwickeltesten Staaten Indiens ist. Der Distrikt Kandhamal, in dem es seit mindestens zehn Jahren zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen kommt, ist auch die Region, in der eine große Zahl an Bekehrungen zum Christentum registriert wird. Ihre Bekehrung hat vielen Dalits sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt gebracht. In letzter Zeit haben sich viele Stammesangehörige entschieden, dem Beispiel der Dalits zu folgen, und sind Christen geworden. Daher ist der Anteil der christlichen Bevölkerung im Distrikt Kandhamal auf fünf Prozent gestiegen, während diese Zahl für den Bundesstaat Orissa bei zwei Prozent liegt. Und ein weiterer Faktor trägt zur Feindseligkeit gegenüber Christen bei: Aufgrund der Bildung, die sie erhalten, stehen Stammesangehörige und Dalits nicht mehr als billige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung. Dass sie nun ein Bewusstsein ihrer Würde und ein gewisses Maß an Bildung haben, gibt ihnen den Mut, gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu protestieren.

Bemühungen um den Dialog

Im Juni 2009 kam eine katholische Delegation unter Führung von Kardinal Jean Louis Tauran, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, mit zwölf geistlichen Führern der Hindus in Mumbai zusammen. „Ich habe die vielen gewaltsamen Vorfälle angesprochen, die es in Indien in den letzten Jahren gegeben hat, und versucht, die Gründe dafür zu verste-

hen. Wir wissen, dass dies nicht das wahre Gesicht Indiens ist, das ein großartiges Land und reich an Toleranz, Religion und Kultur ist“, sagte der Kardinal nach dem Treffen. Der in Mumbai begonnene Dialog soll fortgesetzt werden und dabei von gegenseitigem Verständnis und dem Beitrag geprägt sein, den Hindus und Christen gemeinsam zur indischen Gesellschaft leisten. „Der interreligiöse Dialog hat eine ganz praktische Auswirkung“, sagte Kardinal Tauran, „nämlich Frieden und Entwicklung für alle.“

Quellen

Compass News Direct
AsiaNews
2009-2010 Bericht der United States Commission for International Religious Freedom (USCIRF)
The Global Council of Indian Christians
The Times of India,
All India Christian Council